

# Pressemitteilung

1. Dezember 2022

Wechsel gelingt nur selten / Betroffene können Lebensunterhalt nicht bestreiten

## Werkstätten müssen mehr Menschen mit Behinderung in reguläre Jobs bringen

**Hannover. In Niedersachsen arbeiten derzeit fast 30.000 Menschen mit Behinderung in sogenannten Werkstätten. Obwohl ihr Arbeitspensum durchschnittlich 6,5 Stunden am Tag beträgt, verdienen sie lediglich zwischen 1,35 und 2 Euro in der Stunde. Einen Mindestlohn gibt es nicht. Anlässlich des „Internationalen Tags der Menschen mit Behinderung“ am 3. Dezember fordert der Sozialverband Deutschland (SoVD) in Niedersachsen die Werkstätten auf, ihren Auftrag zu erfüllen und dafür zu sorgen, dass Betroffene einen Job auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt erhalten.**

Eigentlich ist es eine der Hauptaufgaben der Werkstätten, dafür zu sorgen, Menschen mit Behinderung langfristig in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu bringen. Das gelingt allerdings nur selten: Weniger als ein Prozent der Werkstatt-Beschäftigten schaffen den Wechsel. „Ein Grund dafür ist der fehlende Plan, wie dies geschehen könnte“, erläutert Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Obwohl in Deutschland seit 2009 die UN-Behindertenrechtskonvention gelte, habe sich in dem Bereich kaum etwas bewegt. „Andere Länder wie zum Beispiel Spanien, Frankreich oder Irland sind da viel weiter und haben schon entsprechende Strukturen“, so Sackarendt weiter.

Aus Sicht des größten Sozialverbands in Niedersachsen muss schnellstmöglich eine entsprechende Strategie erarbeitet werden. „Das Bewusstsein für Veränderungen ist zum Teil vorhanden. Zu viele Akteur\*innen halten aber am Status quo fest“, kritisiert der Landesvorsitzende. Es könne nicht sein, dass Menschen in Werkstätten arbeiteten, mit dem Lohn aber nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Viele Betroffene müssten ihr Gehalt mit Grundsicherungsleistungen aufstocken. „Das ist unwürdig. Wir brauchen dringend Maßnahmen, die den Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtern. Hier sind die Werkstätten in der Pflicht“, betont der niedersächsische SoVD-Chef.